

In der Haupt-Expedition oder deren Zweigstellen abgeholt: vierteljährlich M. 3.—, bei zweimonatlicher regelmäßiger Zustellung ins Haus M. 3.75. Durch die Post bezogen für Deutschland u. Österreich vierteljährlich M. 4.50, für die übrigen Länder laut Zeitungspreisliste.

Redaktion und Expedition:

Johannstraße 5. Fernsprecher 165 und 222. Filialredaktionen: Alfred Ochs, Buchhandlg., Unter den Eichen 2, u. Köpcke, Buchhändler, 14, u. Königstr. 7.

Haupt-Filiale Dresden:

Waisenstraße 34. Fernsprecher Kant I Nr. 1713.

Haupt-Filiale Berlin:

Carl Dunder, Verlag, Bau- u. Holzhandlung, Waisenstraße 10. Fernsprecher Kant VI Nr. 4008.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Amtsblatt des Königlichen Land- und des Königlichen Amtsgerichtes Leipzig, des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Die 6gepaaltete Zeitzeile 25 J.

Kleinanzeigen unter dem Rubrikationsstrich (4gepaaltete) 75 J., vor dem Familiennachrichten (6gepaaltete) 50 J., Todesanzeigen und Verträge entsprechend höher. — Gebühren für Nachverlangen und Christenannahme 25 J. (incl. Post).

Extra-Beilagen (gratis), nur mit der Morgen-Ausgabe, ohne Postbestellung M. 0.—, mit Postbestellung M. 70.—.

Ausnahmsheft für Anzeigen: Abend-Ausgabe: Donnerstags 10 Uhr. Morgen-Ausgabe: Nachmittags 4 Uhr.

Anzeigen sind stets an die Expedition zu richten.

Die Expedition ist wochentags außerbrochen geöffnet von früh 8 bis abends 7 Uhr.

Druck und Verlag von C. Holz in Leipzig.

Das Wichtigste vom Tage.

Der gestern in Charlottenburg verstorbenen früheren Reichsgerichtspräsidenten Dr. von Ochsenschläger, Excellenz, wird kommenden Montag, den 18. Januar, nachmittags 2 Uhr auf dem Südfriedhofe in Leipzig beigesetzt.

Den Feiern polnischen Gymnasialisten wurde unter Androhung strenger Strafen der Besuch der jeden Sonntag stattfindenden polnischen, sog. populärwissenschaftlichen, Vorträge verboten.

Der Alterspräsident des preussischen Abgeordnetenhauses, Rentier Schaffner, ist aus Diez an der Lahn in Berlin eingetroffen.

Die Beförderung im Bestehen der früheren Königin von Hannover fällt an.

Beim Jahresempfang in Petersburg sprach der Zar den japanischen Gesandten gegenüber in beruhigender Weise die unerwarteterweise Hoffnung aus, daß der Friede erhalten bleiben werde.

Die Partei sucht neuerdings die Reformation der Wächte zu verzögern.

Lotteriespiel und Offiziösentum.

Das Scherische Prämienparadies, das nicht bloß in Preußen, sondern darüber hinaus im ganzen Reich so viel Staub aufgewirbelt hat, ist verstorben — bis zu den griechischen Kalenden, wie ein Teil der Presse annimmt, bis zu „glücklicheren“ Zeiten, wie ein anderer meint. Offiziös will man nicht Wort machen, daß der Versuch, den Spartrieb durch Lotteriespiel aufzuhalten, endgültig abgelehnt sei. Aber jedenfalls werden glücklichere Zeiten für diesen Versuch so bald und so leicht nicht kommen. Oben den unzulässigen, aber erfindungsreichen Kunst des Hebers wäre das nach Herrn Scherl genannte Prämienparadies von vornherein ein totgeborenes Kind gewesen.

Die Berliner Zeitungswelt amiet vorläufig mit Recht auf. Es kommt dabei allerlei zusammen, um dem erfolglosen Anstalten, der seine Kreise im deutschen Blättermalde immer weiter zieht, eine Niederlage zu ernen. Das braucht und hier nicht weiter zu kümmern, wohl aber muß man sich fragen, wie es mit dem Scherischen Sparticket überhaupt zu weit kommen konnte. Denn nach der offiziellen Mitteilung hand das Zuhem unmittelbar vor seiner Verwirklichung; waren doch die Beträge zur Sicherung der rechtlichen Grundrunden des Zuhem schon abgeteilt. Ja, noch mehr: aus der ganzen Hoffnung des offiziellen Communiqués geht hervor, daß die preussischen Minister noch sehr dem formalistischen Jelle eine eifrige Träne nachwiehen.

Wie ist das möglich? fragt man sich unwillkürlich. Denn das Prämienparadies ist an sich so stumm erfinden und ansehbar, daß wirklich nur ein recht unheimliches Ureilversprechen dazu gehört, um seine zahlreichen Schwächen behaupten zu können. Ueber manche Einzelheit mußte man geradezu den Kopf schütteln. Das die Sparte in Hoffnung auf einen großen oder wenigstens kleinen Gewinn auf die Finnen des laufenden Jahres verzichten sollten, mochte noch hingehen. Das aber ein armer Teufel, der sich wöchentlich 50 Pfg. am Woche abspart, dafür der Scherischen Verwirklichungsbelle jährlich 2.20 A. Abholungsgebühr zahlen sollte, das war geradezu vollzeitwidrig. Und doch ging die preussische Regierung auf dieses Zuhem, das in so eigenartiger Weise den Sparteemil mit dem Spielrecht kombinierter, bereitwillig ein. Kein Wunder, daß darüber allerlei gemaunelt wurde, was für preussische Minister nicht gerade schmeichelhaft ist.

Alle derzeitigen Gerüchte sind natürlich hohles Gerede. Ein preussischer Minister ist heute wie immer, auch wenn er einmal mit Herrn Scherl an einem Tische gesessen hat, über niedrigen Verdacht erhaben. Nein, was die Regierung lachte, das lag ganz wo anders. An dem Prämienparadies, das von dem Geh. Rat Diefelied in viel besserer Gestalt durchgeführt werden ist, lag es freilich nicht. Das war nur ein notwendiges Mittel zum Zweck. Aber Herr Scherl wollte gleichzeitig eine Wochenchrift schaffen, die „Sprechstunde im Dienste des öffentlichen Lebens“, und diese Sprechstunde sollte nicht bloß der Spartearbeit dienen, sondern auch auf anderen Gebieten „Wohlfahrt, Bildung und Gerechtigkeit“ fördern. Das war es, was die Minister lachte, das mußte sie, klugheben. Die „Sprechstunde“ war der Abder, den ihnen Herr Scherl hinwarf, auf ihn sah die Regierung bester an, so problematisch ihr auch sonst die Scherischen Volksbegünstigungslinie erschienen mochten.

Das ist erklärlich genug. Wenn auch nicht in Preußen, so doch im Reich gilt das gleiche und allgemeine Wahlrecht, und daraus entleitet für die Regierung das Bedürfnis, in der einen oder der anderen Weise an den kleinen

Mann heranzukommen. Der Kaiser selbst acht ja darin mit gutem Willen voran. In autem wie im bösen, in Liebe und Jern wird er immer wieder um die Herzen des Volkes, und ganz besonders um die Herzen der Arbeiter. Ihnen wandte er von Anbeginn seiner Regierung seine ganz besondere Fürsorge an. Er verlangt von ihnen Ehrlichkeit, Achtung vor dem Geseze und dem Senate, aber er verspricht ihnen auch, mit ihnen zusammen zu arbeiten, für ihre Zukunft zu sorgen. Auch die letzten Wahlen haben darin nichts geändert, wie die Rede des Kaisers an die Danziger Arbeiter bewies. Im Gegenteil; das Telegramm des Kaisers, mit dem er den Gruß des in Frankfurt versammelten fönländischen Arbeiterkongresses erwiderte, war besonders warm gehalten. Der Kaiser gibt trotz aller trübten Erfahrungen die Hoffnung nicht auf, die destruktiven antinationalen Tendenzen innerhalb der deutschen Arbeiterheit doch noch zu beugen und die Arbeiter wieder für die monarchische Ordnung zu gewinnen.

Aber der gute Wille muß in die Tat umgesetzt werden; und die Minister heben ratlos vor der Frage, wie das geschehen könne. Das Volk muß aufgestellt werden, damit es nicht den Agitatoren nachläßt; aber das ist nicht so leicht, da die Regierung über seine vollständige Presse verfügt. Früher sprang der Wellefonds ein, den der tagendhafte Graf Caproti befestigte. Es besteht zwar eine ziemlich verbreitete Kreislaufverfälschung, aber sie hat gerade auf diejenigen Kreise, auf die es ankommt, keinen Einfluß; auch magen die Verwaltungsverbeamten ein recht große Schwierigkeiten. Ein preussischer Landrat ist nicht immer leicht zu behandeln und legt, besonders in agrarischen Fragen, seinen eigenen Kopf auf. Was also tun, um an die Massen heranzukommen?

Da sprang Scherl als Helfer ein. Er hat es verstanden, eine große Partei, trotz offizieller Wobruerhaltung, um sich zu sammeln. Was geschah und will: Scherl geht immer mit der Regierung, und seine Partei gehen auch mit. Was lag da näher, als dieser schlagend-wertigen Kraft einen noch größeren Wirkungsbereich zu bieten? Nun mit der Masse des Volkes in Verbindung zu bringen? Die Sparte hat das die willkommene Handhabe; denn auch ein Sozialdemokrat ist, auch ein Sozialdemokrat ist den Vorkunden des Spielwerts nicht unzugänglich. So schien es nicht schwer, ihm, dem „Zogi“, durch die „Sprechstunde“, die für „Wohlfahrt, Bildung und Gerechtigkeit“ eintrat, allmählich, ohne daß er es selbst merkte, die Miltch der monarchischen Denkmäler einzuschleichen. Hier liegt der tiefe Grund, aus dem der Scherische Vorschlag im preussischen Ministerium so harke Gegenliebe fand.

Nun ist der Plan, das Sparticket mit dem Offiziösentum zu vermählen, vorläufig und hoffentlich für immer gelichtert. Der Sturm der öffentlichen Meinung hat ihn auf die Klippen geworfen. Und es ist gut, daß es so kam. Der Weg, den Herr Scherl wies, war falsch. Es ist überhaupt verfehlt, wenn die Regierung glaubt, durch eine geschickt geleitete offiziöse Presse populär zu werden. Will sie glückliche Erfolge erzielen, dann soll sie nicht durch Worte, sondern durch Taten wirken. In diesem Falle aber sorgt schon die unabhängige Presse, die sich ihre eigene Meinung nicht verbieten läßt, dafür, daß die Bemühungen der Regierung um die öffentliche Wohlfahrt gerühmt werden; und es vermag das besser, als ein offiziöses Blatt mit höchstens neugierigen Inhalt es zu tun vermöchte.

Deutsches Reich.

Berlin, 16. Januar.

Zwei Fragen. Bei der am nächsten Montag stattfindenden Reichstagswahl in Hannover sind freilich die Kandidaten Herrn v. Bar ein. Im diesen Abfall zum Wellewille zu bewahren, wenden die Minister den Kniff an, Herrn v. Bar nicht für einen Welle, sondern als „christlich-konservativ“ zu bezeichnen. Wir wollen diese Auffassung als richtig und zureichend anerkennen, wenn der Bund der Sozialisten zwei Fragen löst und klar beantwortet kann: 1) Warum will Herr v. Bar, wenn er doch „christlich-konservativ“ ist, als Kandidat dem Zentrum beitreten und nicht vielmehr den Konservativen? Jeder der 51 konservativen Abgeordneten würde es lieber empfinden, wenn man in seine „Christlichkeit“ die geringsten Zweifel zu legen wagte. Die sind also alle christlich-konservativ, und mithin würde Herr v. Bar, wenn er keine weltlichen Bemühungen hegt, doch wohl eher zu ihnen gehören, als zum Zentrum, um so mehr, als das Politische gerade eines konservativen Abgeordneten beim Zentrum ist doch der weltlichen Bemühung sehr verdächtig macht, da die meisten der Abgeordneten, die sich frei und offen zu weltlichen Bemühungen bekennen, Kandidaten des Zentrums sind. 2) Wenn Herr v. Bar, wie das führende konservativem Organ der Provinz Hannover behauptet, im Gegensatz zu den Welle der Stammlande einen verbindlichen Standpunkt einnimmt und die durch das Jahr 1800 geschaffene Tariffrage anerkennt, warum stimmen die weltlich-gewählten Wähler des Reichstages Comraden für ihn

und warum stellen sie keinen eigenen Kandidaten auf? Der Wahlkreis Comraden war von 1871—1874, von 1877—1893 und dann wieder vom Jahre 1898 ab weltlich vertreten, so daß er nahezu unangeführt im Besitze dieser Partei gewesen ist. Auch bei den allgemeinen Wahlen von 1903 haben die Wellen gefiegt. Und nun sollen dieselben Welle, deren politische Betrieben doch in erster Reihe darin besteht, die im Jahre 1898 geschaffene Tariffrage nicht anzuerkennen, ohne Namen für einen Mann hinsetzen, der diese Tariffrage anerkennt? Wer auch nur einigermaßen Kenntnis von der Darreichtheit und dem Eigenen des Wellewille besitzt, muß diese Möglichkeit für ausgeschlossen erklären. In dem Augenblicke, wo Herr v. Bar in einer öffentlichen Versammlung oder in einem Ringkämpfe rund heraus bekennen würde, daß er das Königium Hannover unter weltlicher Dynastie nicht wiederhergestellt wissen möchte, würde kein Welle daran denken, ihm seine Stimme zu geben. Auch die Mitteilung des hannoverschen konservativen Organes, daß Herr v. Bar Reservoffizier und durch seine Gattin mit einem alten preussischen Geschlechte vermandt, bzw. verheiratet sei, beweist auch nicht in Quanten seiner nicht weltlichen Gesinnung. Es gibt Welle, die nicht bei Reservoffiziere, sondern sogar aktive Offiziere der Armee sind; natürlich können diese Herren als Anwärter des Reiches nicht Politik treiben, aber das ändert doch an ihrer Gesinnung nichts. Und was die Verheiratung mit einer preussischen adeligen Familie anbetrifft, so haben seit Jahrhunderten herab viele verheiratete Welle, und selbst die Ereignisse von 1900 haben das Herab- und Daniederhalten nicht verhindert. Das aber ein weltlicher Abnehmer durch die Ehe mit einer preussischen Frau zu weltlicher Gesinnung befehrt worden wäre, davon haben wir noch nichts gehört, ebensowenig, wie etwa ein Feld, der eine Deutsche heiratet, schon dadurch zu einem Teufel wird. Die Scherischen also, mit denen der Bund der Sozialisten sein preussisches Gewissen für Ruhe bringen möchte, scheinen uns nicht recht wirksam zu sein.

Verursachungsfrage. Aus der dem Reichstage zugangenen Nachweisung der Rechnungsergebnisse der Versicherungsanstalten für 1902 ist ersichtlich, daß die Zahl der einschlägigen Unfälle absolut wieder zugenommen hat. Sie betrug 121.254 gegen 117.300 im Vorjahre. Zugagen ist erfreulicherweise diesmal eine relative Abnahme festzustellen gewesen. Auch hat sich die Zahl der schweren Unfälle, d. h. derjenigen, die den Tod oder eine dauernde völlige Erwerbslosigkeit im Gefolge haben, nicht bloß relativ, sondern auch absolut vermindert. Es zeigt sich an diesen Vorkäufen, daß die Unfallverhütung, wie sie von sich allen gewöhnlichen Versicherungsanstalten gehandhabt und von den landwirtschaftlichen in der letzten Zeit mehr als früher eingeführt wird, doch ihre Wirkung äußert. Die für die Unfälle im Jahre 1902 gezahlten Entschädigungsbeträge sind natürlich wieder gestiegen, von 1901 auf 1902 aber nur um 9 Millionen Mark, während die Zahl der Unfälle im Jahre 1901 nicht weniger als 12 Millionen Mark betrug. Man wird aber nicht verzeihen dürfen, daß in der letzten Zeit der Ueberlegung von den alten zu den neuen Gesetzgebungen lag und das Jahr 1901 das erste Volljahr war, in dem die erweiterte Unfallversicherung für die Arbeiter zur Geltung kam. In die Reservofonds sind für 1902 nicht weniger als 14,2 Millionen Mark eingezahlt worden. Der bei weitem größte Teil davon entfällt auf die gewöhnlichen Versicherungsanstalten. Diese Bezahlung der Versicherungsunternehmer wird noch recht lange Jahre anhalten, wenn es nicht gelingt, die Bestimmungen über die Bezahlung der Reservefonds aus dem neuen Unfallversicherungsgefe herauszubringen. Ende 1902 waren in den Versicherungsanstalten Reservefonds bereits 164,7 Millionen Mark angehäuft.

Die Dirsch-Dunderschen Gewerkschaften der Metallarbeiter sollen aufgehört werden. So wollen es die Sozialdemokraten, denen die auf dem Boden des modernen Dualismus stehenden Gewerkschaften schon lange ein Dorn im Auge sind. Das ist jetzt vorgeben der sozialdemokratischen Gewerkschaften, was aber von einem unerhörten Terrorismus, der für einen Reiner der modernen Arbeiterbewegung freilich nicht übersehbar ist. In Preußen sind Tarifverträge zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern der Metallbranche zu Stande gekommen, und zwar in der Metallschlager- und der Aluminiumbranche mit Einziehung der Dirsch-Dunderschen Gewerkschaften; in der Feinschläger- und der Silber- und Silbergeschlagerbranche es nun durchgeführt, daß in der letztgenannten Branche nur auf dem Boden des Tarifs lebende Arbeiter beschäftigt werden dürfen; die Dirsch-Dunderschen Gewerkschaften sind aber als zur Tarifgemeinschaft gehörende Arbeiter nicht anerkannt worden. Das Organ der Dirsch-Dunderschen Gewerkschaften ist natürlich sehr empört über diesen Terrorismus; es schreibt: „Die Zielbenutzen benutzen ihr numerisches Uebergewicht über unsere Organisation, um unsere Mitglieder so lange von der Arbeit auszusperren, bis sie würde geworden sind und dem Metallarbeiterverbande beitreten. Der Zentralrat der Gewerkschaften hat den französischen Gewerkschaften vollen Beistand zugesichert gegen solche Niedertracht und verdammenswürdiges Unthun. Unsere Verhandlungen haben den Handstreich augenommen, den ihnen selbstbewusste Anstalten und Bruttalität hingeworfen haben. Wir sind überzeugt, daß die deutsche Arbeiterheit, soweit sie nicht aus blindwärtigen sozialdemokratischen Hassensichten besteht, in diesem Kampfe gegen Rechtsverletzung und Willkürherrschaft auf unserer Seite steht.“ Mit diesen wahren Redenungen ist nur leider nicht genug; die sozialdemokratischen Gewerkschaften haben die Wahl, die ihnen die Tarifverträge gewahren, in brutaler Weise auszunutzen und werden sie weiter auszunutzen. Im North und in Schwabach haben die Sozialdemokraten bereits unangenehme Gewerkschaften

zu Verbündeten gemacht. Die Dirsch-Dunderschen Gewerkschaften finden selbstverständlich die vollen Sympathien aller nicht sozialdemokratischen Arbeiter, aber mit dieser Sympathie ist wenig anzunehmen. Der ganze Vorgang zeigt wieder einmal, daß jedes Battieren mit der Sozialdemokratie unmöglich ist.

Das Vertikale Wellewille. In der für den 6. Februar angedienten der Polizeibehörden aller größeren Städte in Berlin bestehenden Zentrale waren aus Schlasse des Jahres 1903 48.700 Wellewille (gegen 40.115 im Vorjahre) mit dem Namen der nach dem Vertikalen System gewerkschaftlichen Personen vorhanden. Hieron entfielen auf die Abteilung der erwachsenen Männer 39.094, auf die der Frauen 2.730 und auf die der Jugendlichen 6.002. Durch den Vergleich der eingeleiteten Karten mit dem Bestände der Zentrale wurde im Laufe des vergangenen Jahres die Identität von 2120 Personen, die ihren richtigen Namen, und von 284 Personen, die einen falschen Namen angegeben, festgestellt. Außerdem wurden durch Korrespondenz mit den Auslandszentralen noch 13, in Summa also 2420 Personen (gegen 2112 im Vorjahre) identifiziert. Durch Einsicht in das Verbrechen-Museum wurden 5 Personen identifiziert und 140 Personen als Toter erkannt. Im photographischen Atelier wurden im Laufe des vorigen Jahres 1080 Personen photographiert.

Die Zahl der in der französischen Fremdenlegation verhafteten Ulfah-Verfolger ist seitdem abgenommen und in dem verflochtenen Jahre 1903 nicht abnehmlich gewesen. Es ergibt sich hieraus, daß sich selber immer noch junge Leute aus Ulfah-Verfolgungen in großer Anzahl in der Fremdenlegation, oder richtiger gesagt in den französischen „Fremden-Regimentern“ anwerben lassen, um für Frankreich Kriegsdienste zu leisten. Allerdings geschieht dies heute nicht mehr, oder jedenfalls doch nur in höchst vereinzelten Fällen, aus Ansehung gegen das Deutschum und weil der Vertriebene nicht im deutschen Heere dienen will, sondern aus Anlaß von Familienverhältnissen, aus Ungleichheit mit den materiellen Verhältnissen, aus Abenteuerlust usw. Dinterher folgt dann die Heue und werden die Eltern dabem angefleht, den Austritt möglichst bald herbeizuführen. Wie die „Bild. Reichshörer“ bemerkt, steht die deutsche Regierung dem Wellewille von Eltern oder Familienangehörigen, eine vorzeitige Wiedereröffnung ihrer Söhne oder Verwandten aus den französischen Fremden-Regimentern durch diplomatische Vermittlung zu bewirken, im allgemeinen nicht gegenüber. Die deutsche Regierung läßt ihre diplomatische Vermittlung in dieser Hinsicht nur einwirken, wenn der junge Mann bei seiner Anwerbung für die Fremdenlegation das achtbente Lebensjahr, wie die französischen Bestimmungen es vorschreiben, noch nicht vollendet hat und wenn zugleich im Ubrigen die obwendenden Umstände und Verhältnisse als besonders berücksichtigungswürdig erweisen.

Der Kaiser unternahm gestern nachmittags einen Spaziergang in Park von Sanssouci. Zur Abendstunde beim Kaiserpaare waren geladen der Kronprinz, Prinz Heinrich der Niederlande, Prinz Friedrich Karl von Hessen, Prinz Arved von Mecklenburg-Strelitz, der holländische Gesandte Lets von Goudriaan, Hofkaplan Graf Wedel und Generaladjutant v. Bluffen. — Heute morgen machte der Kaiser einen Spaziergang mit dem Prinzen Heinrich von Preußen. Im Laufe des Besuchs begaben der Kaiser und die Kaiserin sich vom Reuen Palais ins Potsdam bierher, um im Englischen Schloße Wohnung zu nehmen. Wegen mittag hielt der Kaiser im Weissen Saale des königlichen Schloßes das Kapitel des Ordens vom Schwarzen Adler ab. Nach dem feierlichen Eingange der Ordensmitglieder trat der Kaiser den Thron, während die Kaiserin sich zu beiden Seiten aufstellte. Der Kaiser nahm jedoch die feierliche Investitur der neuernannten Ritter, des Prinzen Heinrich der Niederlande, des Erbprinzen von Hessen und des früheren Reichspräsidenten Abgeordneten Dr. v. Seidler vor. Daraus schiedten der Kaiser und die Ordensmitglieder nach dem Kapitelhof, wo der Kaiser zwischen dem Kronprinzen und dem Prinzen Heinrich von Preußen rechts und dem Prinzen Arved von Mecklenburg und dem Landgrafen Alexis von Hessen links stand, das Ordenskapitel abhielt. Nach der Beendigung der Ordensfeierlichkeiten fand beim Kaiserpaare eine Frühstückstafel statt, zu der Prinz Heinrich der Niederlande, Prinz Heinrich von Preußen, Prinz Friedrich Karl von Hessen und Reichsminister Graf v. Helldorf geladen waren.

Prinz Wittel Friedrich von Preußen ist von Bonn zur Teilnahme an dem Kapitel des Schwarzen Adlers nach Berlin eingetroffen.

Tangermünde, 14. Januar. Vom Schöffengericht in Tangermünde wurde der Arbeiter Friedrich H., ein hervorragendes Mitglied der sozialdemokratischen Partei, zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Er hatte einen anderen Arbeiter beschimpft, bedroht und mißhandelt, bloß weil dieser nicht dem sozialdemokratischen Arbeiterverbande angehörte. Der hervorragende „Wellewille“ wurde gleichzeitig noch zu vier Wochen Haft verurteilt, weil er eine rote Fahne mit der Aufschrift „Arbeit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ nach der Straße zu ausgehängt hatte.

Verurteilung, 14. Januar. Die Befehung des verstorbenen Oberbürgermeisters Dr. W. W. W. wird, wenn die Stadtväter einen entsprechenden Beschluß des Magistrats fassen, auf Kosten der Stadt erfolgen.

Denn, 14. Januar. Bei den heutigen Gewerbevereinigungen hatten nach der „Allg. B.-Ztg.“ die Kandidaten der verschiedenen Parteien mit bedeutender Stimmenmehrheit über die übrigen sozialdemokratischen Bewerber.

Berlin, 14. Januar. In der heutigen Stadterweiterungsverammlung erklärte der Oberbürgermeister Dender, der Magistrat habe eine längere Eingabe scharfe gegen das Scherische Sparticket an den preussischen Minister des Innern gerichtet.

Vertical list of small text on the left margin, including various notices and prices.

Vertical list of small text on the right margin, including various notices and prices.